

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

STREIFLICHT

ITALIEN

Januar - März 2021



ITALIEN

- ∞ DIE MIGRATIONSPOLITIK DER NEUEN ITALIENISCHEN REGIERUNG
- ∞ DAS NEUE EINWANDERUNGSGESETZ
- ∞ DIE NEUE KRIMINALISIERUNGSWELLE DER SOLIDARITÄT UND RETTUNG IN ITALIEN
- ∞ „PUSHBACKS“ AN DER FRANZÖSISCHEN GRENZE
- ∞ SLOWENIEN: 1.300 ZURÜCKGESCHOBENE GEFLÜCHTETE MÜSSEN NACH ITALIEN ZURÜCKKEHREN DÜRFEN
- ∞ DIE UNSICHTBAREN IN SIZILIEN

SEENOTRETTUNG

- ∞ IN EIGENER SACHE: DIE CENTRAL MEDITERRANEAN INFO 2.0
- ∞ PROZESSE GEGEN SALVINI
- ∞ 11. OKTOBER 2013 – DAS GEZIELTE STERBENLASSEN

LIBYEN

- ∞ LIBYENS NEUE REGIERUNG, DIE ZUSAMMENARBEIT MIT ITALIEN UND DIE ARBEIT DER NGOs
- ∞ MORGEN WACHST DU ... IN TRIPOLIS AUF: KLAGE GEGEN ZURÜCKWEISUNG NACH LIBYEN

ITALIEN

Die Migrationspolitik der neuen italienischen Regierung

Einen knappen Monat nach dem Beginn der Regierungskrise in Italien schreitet die Bildung der neuen **Regierung** unter dem ehemaligen Eurobank-Chef Mario Draghi voran. Am 12. Februar wurden die Minister*innen und Staatssekretär*innen nominiert und fünf Tage später wurde die bereits im Senat gestellte Vertrauensfrage zu Draghi im Parlament wiederholt, um die Unterstützung der teilweise gegensätzlichen Parteien in der neuen Regierung zu sichern. Es handelt sich um eine gemischte technisch-politische Regierung. **Technische Regierungen** werden als nicht-politisch bezeichnet, da der/die Ministerpräsident*in sowie der Großteil der Minister*innen aufgrund ihrer fachlichen Kompetenzen – und nicht aus politischen Gründen – ausgewählt werden. Sie können zustande kommen, wenn eine politische Mehrheit nicht vorhanden ist, Neuwahlen aber verhindert werden sollen.



Weichenstellung in der italienischen Politik? Foto: Sophie Dale

Der Außenminister Luigi di Maio (5 Sterne Bewegung) sowie die Innenministerin Luciana Lamorgese (parteilos) bleiben im Amt. Es sieht erst einmal nach einem „weiter so“ in der Migrationspolitik aus, die Nominierung Nicola Molteni von der Lega als Staatssekretär im Innenministerium, spricht jedenfalls nicht für eine positive Veränderung. Im Gegenteil befürwortet er „**geschlossene Häfen**“, was er bereits als Staatssekretär unter Salvini gezeigt hat. Er ist leider nicht der einzige rechte Staatssekretär, zwei Weitere (beide von der Lega) haben sich bereits mehrmals deutlich **rassistisch** geäußert und verhalten.

Aufgrund der deutlich unterschiedlichen Positionen der Parteien zum Thema Migration hat Draghi die Verwaltung der Rettung, der Anlandungen und der Aufnahme dem Verkehrs- und Innenministerium anvertraut, während er sich selber um die politischen Entscheidungen kümmern möchte. So werden die Parteien am Eingreifen in das Thema gehindert.

Und welche Migrationspolitik fährt der neue Ministerpräsident? Er möchte mit seinen bereits bestehenden Kontakten die europäische Zusammenarbeit bzw. die Unterstützung durch die EU stärker fordern. So benennt er bereits den EU-Migrationspakt von September 2020 als eines der wichtigsten politischen Instrumente und fordert von der EU, unterstützt von anderen Mittelmeerstaaten, einen **obligatorischen Umverteilungsmechanismus** für migrierte Menschen. Institutionen sollten die vollständige Verantwortung übernehmen, sodass diese eben nicht mehr (allein) auf den Schultern Italiens liegt. Die geforderte Solidarität bezieht sich allerdings nicht nur auf die Aufnahme von anerkannten Geflüchteten, sondern auch auf verstärkte Zusammenarbeit bei **Abschiebungen**.

Das neue Einwanderungsgesetz

Ende Dezember 2020 hat der Senat mit einem Vertrauensvotum das Gesetz zur Umsetzung des neuen **Einwanderungsdekrets** verabschiedet. Die unter Matteo Salvini als Innenminister erlassenen so genannten Sicherheitsdekrete sind damit aufgehoben, wenn auch inhaltlich nicht vollkommen verändert worden. Wir berichteten dazu in unserem **Streiflicht** von September-Oktober. Die Umsetzung des neuen Migrationsgesetzes bzw. die alltägliche Praxis können Sie auch in den Berichten unseres Schwestervereins **Borderline Sicilia** verfolgen.

Die neue Kriminalisierungswelle der Solidarität und Rettung in Italien

In den letzten zwei Monaten haben die Kriminalisierungsfälle gegen Seenotrettungs-

NGOs und solidarische Fluchthilfe in Italien wieder zugenommen. [borderline-europe zeigt einige der Fälle](#), die derzeit bei den Staatsanwaltschaften in Nord und Süd auf dem Tisch liegen, in einem am 10. März erschienenen Artikel auf.

„Pushbacks“ an der französischen Grenze

Laut [infomigrants.net](#) berichten sehr viele Geflüchtete, dass sie nach dem Grenzübergang von Italien nach Frankreich keinen Asylantrag bei der dortigen Grenzpolizei stellen konnten. Stattdessen wurden sie umgehend nach Italien zurückgeschoben. Der Verein Tous Migrants, der Geflüchtete unterstützt: „Ablehnungen sind hier sehr häufig (...) Was normalerweise passiert, ist, dass die Polizei Migrant*innen in den Bergen in Frankreich festnimmt, sie zum Grenzpolizei-Büro in Montgenèvre bringt und ihnen eine offizielle Anweisung, Frankreich zu verlassen gibt. Dann rufen sie die italienische Polizei an, die kommt, um die Migrant*innen zurück nach Italien zu bringen (...) All das geschieht in weniger als fünf Stunden.“ Zwar sei die Grenzpolizei berechtigt, die Papiere zu kontrollieren, aber wenn eine Person um Asyl ersucht, so müsse dieser Antrag angenommen werden. Die Betroffenen suchen aus Angst vor der Zurückschiebung nun immer gefährlichere Routen in den Bergen und bringen sich damit in Lebensgefahr. Es sei, so Tous Migrants, falsch, zu denken, dass die Geflüchteten durch die Zurückschiebungen entmutigt würden. Sie hätten vor allem in Kroatien und Bosnien schon zu viel Schreckliches auf ihrer Flucht erlebt, dass sie auf jeden Fall alles versuchen würden, um weiter zu kommen. Die Präfektur der Region Hautes-Alpes verweigerte Infomigrants ein Interview, doch sie gaben eine Statistik heraus: in 2020 wurde für 80 Personen eine Ausreiseverfügung ausgestellt, 1.576 Personen durften nicht einreisen – viele von ihnen werden „Asyl“ gerufen haben, wie Paul, ein junger Kameruner, der in einer langen, kalten Nacht in den Alpen nach Italien zurückgeschoben wurde.

Auch MSF (Ärzte ohne Grenzen) berichtete von den gefährlichen Märschen der Geflüchteten durch die schneebedeckten Alpen. „Wenn Sie bei Temperaturen von -15 °C unterwegs sind und ihre Füße nass werden, riskieren Sie ihr

Leben“, so Piero Gorza, ein Anthropologe und Vertreter von [Ärzte für Menschenrechte \(MEDU\)](#) im Piemont. Mitte Dezember reisten zwei MSF-Teams zu den wichtigsten Transitpunkten in Ventimiglia, Oulx, Bozen und Triest und hielten die [Erfahrungen in einem Bericht](#) fest. Sie sprachen mit Menschen auf der Flucht und denjenigen, die versuchen, ihnen zu helfen.



Französische und italienische Demonstrant*innen an der Grenze. Credit: RAM.

Die italienischen Behörden glänzen indessen mit Abwesenheit. Die [Bürgermeister](#) von Ventimiglia, Vallecrosia und Camporosso, Städte in Ligurien nahe der Grenze zu Frankreich, haben ihre Ablehnung gegenüber der Eröffnung eines neuen Transitcenters für Migrant*innen in ihren Gebieten zum Ausdruck gebracht, ein Vorschlag, der vom italienischen Innenministerium gefördert wurde.

Slowenien: 1.300 zurückgeschobene Geflüchtete müssen nach Italien zurückkehren dürfen

Die vom italienischen Innenministerium angeordneten und seit Frühjahr 2020 mit zunehmender Intensität praktizierten [Zurückweisungen an der Grenze zu Slowenien](#) seien "illegitim". Sie verstießen gegen verfassungsrechtliche Verpflichtungen und internationales Recht und setzten Migrant*innen im Transit entlang der "Balkanroute", darunter auch Asylsuchende, wissentlich "unmenschlicher und erniedrigender Behandlung" sowie "tatsächlicher Folter durch die kroatische Polizei" aus. Anna Brambilla, die Anwältin, die zusammen mit ihrer Kollegin Caterina Bove die

Berufung für einen pakistanischen Asylsuchenden, der [rechtswidrig nach Slowenien](#) zurückgeschoben wurde, vorgelegt und gewonnen hat, erklärt: "Rücküberstellungen in Slowenien verletzen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention, nicht der Folter und erniedrigender Behandlung ausgesetzt zu sein. Dies geschieht, und das ist allen bekannt, bei den Wiederaufnahmen von Migrant*innen. Die Rückführung von Migrant*innen nach Italien würde für jede Person eine Berufung erfordern. Aber ihre Dokumente, die es uns ermöglichen würden, eine Vollmacht aus der Ferne zu erhalten, wurden von der kroatischen Polizei vernichtet. In der Zwischenzeit wartet unser Mandant immer noch auf das Einreisevisum und ist in einem besetzten Haus in Sarajevo".

Die Unsichtbaren in Sizilien

Wie unsere Schwesterorganisation [Borderline Sicilia](#) (BS) berichtete, befinden sich mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie viele Migrant*innen auf Sizilien in einem Zustand der Unsichtbarkeit. Dieser Zustand beginnt bereits auf See. So wurde Mitte Februar nirgendwo von einem Schiffbruch mit mindestens vier Vermissten berichtet. BS wurde durch die hilfeschreitenden Anrufe von Verwandten, die nach ihren Angehörigen suchten, auf den Fall aufmerksam. Eine Antwort gab es nicht.



Zeichnung von Francesco Piobbichi

Viele Überlebende der gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer müssen auf sogenannten Quarantäneschiffen eine vorgeschriebene Quarantänezeit verbringen. Diese Schiffe sind

für die Isolation von häufig traumatisierten Menschen jedoch nicht geeignet. Fluchtversuche von sich darauf befindenden Personen und Proteste, die bis zum Verschlucken von Messerklingen gehen, bleiben ungehört (borderline-europe berichtete). Leider hören die öffentlich nicht gesehenen Menschenrechtsverletzungen auch in den [Zentren](#) nicht auf. Zurzeit gibt es in diesen keinerlei Monitoring, keine Kontrolle von dem, was dort vor sich geht. So nutzen einige Kooperativen dies aus und überlassen die Bewohner*innen sich und ihren Traumata selbst. Das hat nicht selten zur Folge, dass Alkohol und Gewalt an der Tagesordnung sind. Bei einer Schlägerei in einem Zentrum in Sizilien, das auch Familien mit Minderjährigen beherbergt, wurde eine Person fast getötet. Hilfe, Unterstützung, Vermittlung, Verarbeitungsmöglichkeiten dessen, was diese Menschen erfahren mussten, bleiben aus. Und was ist mit denjenigen, die bis vor der Pandemie zu Hungerlöhnen ohne Verträge in der [Landwirtschaft](#) geschuftet haben? Viele haben ihre Arbeit (wegen der Angst vor Ansteckungen in den engen provisorischen Unterkünften) sowie das Dach über ihrem Kopf verloren. Ohne die häufig fehlende Aufenthaltsgenehmigung können sie nicht auf Unterstützung hoffen. Das Problem ist jedoch nicht die Pandemie, sondern unsere Gleichgültigkeit und der Unwillen der Politik, die Rechte von Geflüchteten zu achten.

SEENOTRETTUNG

In eigener Sache:
[Die Central Mediterranean Info 2.0](#)

Seit Januar 2021 teilen wir eine Zusammenfassung unserer Daten aus dem Zentralen Mittelmeer mit der Öffentlichkeit. Diese Recherchen enthalten alle uns zugänglichen Informationen zu Ankünften, Rettungen sowie Push- & Pullbacks im Zentralen Mittelmeer (Central Med). Damit stellen wir den Zahlen des italienischen Innenministeriums und der UN eine zivile Beobachtung entgegen. In diversen Statistiken und Tabellen sammeln und verarbeiten wir all diese Informationen, die uns über

verschiedene Kanäle und Netzwerke zur Verfügung stehen. Die Zahlen basieren auf unseren Recherchen und sind ohne Gewähr zu lesen. Einmal im Monat [veröffentlichen wir nun einen Abriss unserer Recherchearbeit](#) auf unserer Homepage und unseren Social Media Kanälen.

Prozesse gegen Salvini

Über die beiden Prozesse wegen Freiheitsberaubung, die gegen den ehemaligen italienischen Innenminister Matteo Salvini (Lega) laufen, haben wir bereits im letzten [Streiflicht](#) berichtet. Zur Erinnerung: 2019 wurde zwei Schiffen mit aus Seenot geretteten Menschen an Bord für jeweils mehrere Tage ein sicherer Hafen verwehrt. Durch das Festhalten an Bord wurde die Freiheit der Menschen beschnitten. Noch laufen die [Vorverhandlungen](#) für den Antrag auf Anklageerhebung gegen Matteo Salvini im Fall der Gregoretti (ein italienisches Küstenwachtschiff), in dessen Zuge am 19. Februar die Innenministerin Lamorgese und der Außenminister



„Prozess gegen den Hass“, Anhörung Salvini 09. Januar 2021 in Palermo

Di Maio als Zeug*innen gehört wurden. Bereits Ende Januar hatte Ex-Ministerpräsident [Conte](#) ausgesagt, dass er zwar die Leitlinien der Regierung gesetzt hatte, doch "es war Salvini, der über die Anlandung entschieden hat". Nachdem Anfang März nun auch der italienische Botschafter in der Europäischen Union angehört wurde, wird am 10. und eventuell am 23. April eine weitere Anhörung stattfinden; die [Entscheidung](#), die ob der Prozess gegen Salvini geführt wird, soll am 14. Mai getroffen werden. Am 20. März muss

Salvini auch wegen des Antrags auf Anklageerhebung im Fall des zivilen Seenotrettungsschiffes Open Arms vor dem Magistratsgericht von Palermo erscheinen.

11. Oktober 2013 – Das gezielte Sterbenlassen

Am 27. Januar stellte der UN-Menschenrechtsausschuss in einer [23-seitigen Ausführung](#) fest, dass Italien es versäumt habe, das Recht auf Leben von mehr als 400 Frauen, Männern und Kindern zu schützen. Diese befanden sich an Bord eines Schiffes, das 2013 im Mittelmeer sank. In einer am 27. Januar veröffentlichten Entscheidung heißt es, Italien habe nicht umgehend auf verschiedene Notrufe des sinkenden Bootes reagiert. Zudem sei die Entsendung des italienischen Marineschiffs ITS Libra, das nur etwa eine Stunde vom Unfallort entfernt war, massiv verzögert worden. Italiens verspätetes Handeln hatte eine direkte Auswirkung auf den Verlust von Hunderten von Leben, so die Ausführungen. Einige wenige Überlebende hatten Klagen gegen Italien eingereicht.

Anfang Februar 2021 spricht Kapitän Klaus Vogel, der Gründer von SOS Méditerranée, in einem Interview der UNO-Flüchtlingshilfe über die auch weiterhin existierende [tausendfache unterlassene Hilfeleistung](#) auf dem Mittelmeer.

LIBYEN

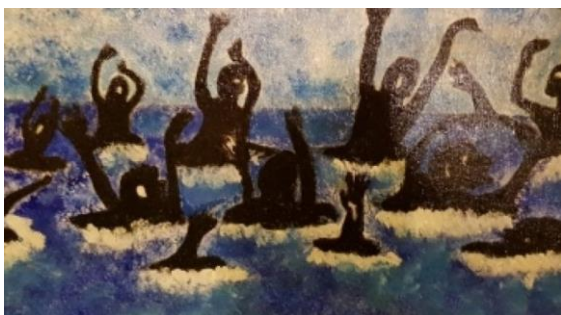
Libyens neue Regierung, die Zusammenarbeit mit Italien und die Arbeit der NGOs

Am 5. Februar wurde vom von der UN gesponserten Libyschen Politischen Dialogforum [eine neue Übergangsregierung gewählt](#), die Libyen zu den Wahlen im Dezember führen soll. Der neue designierte Premierminister Abdul Hamid Dbeibah begrüßte Mario Draghi als neuen italienischen Premier, hoffte aber, die Beziehungen zu Italien vor allem im Bereich der Migrationssteuerung und der Wirtschaft auszubauen. "Wir streben danach, unsere privilegierte Beziehung mit dem Nachbarland Italien zu entwickeln, mit dem wir viele

Herausforderungen teilen, darunter insbesondere die Steuerung und Organisation der Migration", schrieb er auf Twitter. Doch was wissen wir wirklich über die aktuelle Situation in Libyen und die Arbeit der NGOs vor Ort? Paolo Cuttitta, Marie Skłodowska-Curie Research Fellow am IDPS, Université Sorbonne Paris Nord, beschäftigt sich in [diesen Feldforschungsnotizen](#) für das Projekt ‚Liborg‘ mit der Arbeit von humanitären NGOs in Libyen. In welchem Verhältnis stehen Hilfsorganisationen und EU-Externalisierung der Migrationskontrolle? Welche Rolle spielt die libysche Zivilgesellschaft?

[Morgen wachst du ... in Tripolis auf: Klage gegen Zurückweisung nach Libyen](#)

Sariti Fratini, eine Aktivistin und Bloggerin, die dem Kollektiv "Josi und Loni Projekt" angehört, rekonstruierte mittels Dutzender Zeugenaussagen Geschichten von Zurückweisungen auf See. Die in der Tageszeitung „Il Fatto Quotidiano“ am 10. Februar veröffentlichte Rekonstruktion geht auf einen Fall vom 1. Juli 2018 zurück. "Das italienische Schiff hat uns am Abend des 1. Juli 2018 an Bord genommen. Der Kapitän sagte uns: ‚Jetzt schlaft. Morgen früh werdet Ihr in Italien aufwachen.‘ Und nach der Folter, dem Hunger, dem Durst, nach dem nahen Tod an Bord eines seeuntauglichen Schlauchbootes, schliefen sie endlich. Doch am Morgen des 2. Juli 2018 tauchte der Hafen von Tripolis, Libyen, auf. Und sie, die 276 Personen auf dem Schiff, landeten alle in zwei verschiedenen Internierungslagern für Migrant*innen.“



Titelfoto Startseite [Josi and Loni Project](#), Bericht "Adesso dormite" - Jetzt schläft

Da Projekt „Josi und Loni“ trägt den Namen zweier Kinder, Josi war an Bord des italienischen Schiffes, das ihn nach Libyen

zurückbrachte, wo er an Tuberkulose im Gefängnis von Zintan starb. Loni hingegen wurde in dem Lager geboren und überlebte. „Jetzt schlafen“ heißt das Dossier von Fratini. Das Ergebnis dieser Nachforschungen: fünf eritreische Staatsbürger, die sich an Bord des italienischen Schiffes befanden, haben mit Unterstützung der Association for Legal Studies on Immigration (Asgi) und Amnesty International Italien eine Zivilklage eingereicht, um die Rechtswidrigkeit der Abschiebung nach Libyen am 2. Juli 2018 durch das unter italienischer Flagge fahrende Schiff Asso Ventinove der neapolitanischen Flotte Augusta Offshore aufzuzeigen. Die italienischen Behörden hatten damals die Einsatzleitung der Rettungsoperation, geführt von den in Tripolis stationierten Schiffen der italienischen Marine Caprera und Duilio. Diese baten die Asso Ventinove, die Schiffbrüchigen an Bord zu nehmen. Das Schiff brachte die Menschen jedoch nicht nach Italien, sondern nach Tripolis und [übergab sie dort den libyschen Behörden](#). Das hätte es aufgrund des so genannten non-refoulement Gebots, das Zurückweisungen in Staaten, in denen Gefahr für Leib und Leben droht, nicht tun dürfen. Kollektive Zurückweisungen sind nach der Europäischen Menschenrechtskonvention und auch nach dem italienischen Migrationsgesetz nicht zulässig. Das erste bahnbrechende Urteil hierzu wurde im so genannten [Hirsi-Fall](#) aus dem Jahr 2012 gesprochen (für den Fall einer kollektiven Zurückschiebung aus dem Jahr 2009). Italien wurde von der EU zu einer Geldstrafe verurteilt, die Betroffenen durften einreisen – nur waren inzwischen einige der Zurückgeschobenen in libyschen Gefängnissen gestorben.

Lesen Sie auch unsere [Corona-Updates](#) auf unserer Homepage!

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrecht ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de